

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 138.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Freitag, 22. März 1907.

Verlagspreis für Halle und Magdeburg 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Quartalsheft. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Preis: 6 Pfennige. Halbesauer Couriers (eig. Postbesonderheit), 35. Unterwallstraße (Sonntagsheft), Bahnstr. Mittelstadt.

Anzeigenpreise: In d. geschlossenen Beilagen od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Retikeln am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 10 Pfg. Anzeigenannahme d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus, Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 6, Chefredakteur: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14, Telefon-Num. VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 22. März.

In der Sitzung des Bundesrats am 21. c. wurde den Ausschussberichten über die nachfolgenden Vorlagen zugestimmt: Vorlage betreffend Veränderung der Grenze des Brauer Freibeirats, ferner Vorlage betreffend die Anwendung der Ausführungsbestimmungen zur Bekämpfung der Cholera und Vorlage betreffend Entwürfe von Desinfektionsanordnungen für gemeingefährliche Krankheiten.

Resolutionen an den Reichstag. Dem Reichstag ist eine Resolution Bassermann und Genossen zugegangen, die verbündeten Regierungen zu erwidern, dem Reichstag baldigst einen Orientierungsvorlage, wonach erstens ein vom Reichstag des Innern ressortierendes ständiges Amt unter der Bezeichnung Reichsarbeitsamt geschaffen wird, auf welches die Pflichten und Befugnisse der arbeitertätigen Abteilung des Statistischen Amtes übergehen und welchem u. a. die Feststellung und wissenschaftliche Verarbeitung der Arbeits-, Dienst- und Erwerbsverhältnisse der Lohnarbeiter und anderen Angestellten kaufmännischer und gewerblicher Betriebe, sowie die Vorbereitung einer hierauf gegründeten sozialpolitischen Gesetzgebung obliegt und nach dem zweiten Reichsarbeitsamt ein ständiger Arbeitsrat angegliedert wird, dem Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl, sowie unter partieller Sachverständige angehören. Ferner ging dem Reichstag eine Resolution Reumer und Genossen zu auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs betreffend die Unfallversicherung für Arbeiter, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, und weiter eine Resolution Baumann und Genossen betreffend eine Revision des Gesetzes über den Verkehr mit Wein vom 24. Mai 1901 noch in dieser Reichstagsession, und endlich zwei Resolutionen Bassermann und Genossen betreffend Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe der Weiblichen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und kaufmännischen Betrieben bezw. der in den Innendienstberufen beschäftigten Personen.

Deutsch-erbliche Handelsbeziehungen. Das D. A. B. schreibt: Die verbündete Regierung hat in Berlin Schritte unternommen, damit der deutsch-erbliche Handelsvertrag bereinigt erweitert werde, daß sämtliche deutsche Artikel, welche nach Serbien eingeführt werden, davon unangetastet werden. Für die an die deutsche Industrie durch diese Vertragsveränderung zu gewöhnlicher Konkurrenz erludt die verbündete Regierung, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, um eine weitere Begünstigung des serbischen Exports nach Deutschland.

Se. Maj. der Kaiser unternahm Donnerstag morgen den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichsfänger vor und hörte im königlichen Schloß die Vorträge des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabes der Armee und des Chefs des Militärkabinetts.

Nachdem der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand bei Kaiser Wilhelm. Dem Kaiser „Abendblatt“ wird aus Wien gemeldet: Da der kurze Aufenthalt, den der Erzherzog Franz Ferdinand am verflochtenen Mittwoch in Berlin genommen hat, in zahlreichen Zeitungen zum Gegenstand phantastischer Ausstellungen gemacht worden ist und man noch immer fortfährt, die widerwärtigsten Schläge aus dem Munde des Erzherzogs beim deutschen Kaiser aufzuführen, erwidert es uns am Platze, auf die Fundamente der an jüdischer Stelle eingeholter Erkundigungen festzustellen, daß der Ausflug, den der Erzherzog von Trieben nach Berlin unternahm und die Begrüßung des deutschen Kaisers, zu der er ihn benutzt hat, einen rein privaten Charakter getragen haben, aus welchem Grunde — und nicht um der Geheimhaltung willen — hierin in den Hofnachrichten keine Erwähnung geschehen ist. Mit politischen Fragen, welcher Art sie auch immer sein mögen, hatte der Besuch des Erzherzogs in keiner Weise etwas zu schaffen.

In das Herrenhaus treten ist durch Allerhöchsten Erlaß vom 11. d. M. auf Präsentation des Reichsanwalts des alten und des befristeten Grundbesitzes in dem Landratsbezirk Ober- u. Berg- und Ober-Nitzsch mit Ober-Amt der königliche Kammerherr Graf von Otto Reichel v. Ohm in die auf Schloß Jrens an Stelle des am 6. Oktober v. J. verstorbenen Schloßhauptmanns Herrn v. Salomander-Antweiler zu Bonn.

Gienbahn-Auslichtswagen sollen auf zahlreichen deutschen Eisenbahntrecken zur Einstellung gelangen. In Schlesien und in Thüringen ist dieser Tage der Anfang damit gemacht worden. Die Auslichtswagen, die auch Abteile 4. Klasse enthalten, haben zu große Fenster, daß auch die in der Wagenmitte sitzenden Personen sich an den landschaftlichen Reizen der von den Eisenbahnen berührten Gegenden erfreuen können. Außerdem ist bei den Auslichtswagen auch der gefahrlose Aufenthalt auf der Plattform möglich.

Sehr interessante Schießversuche sollen in der Danziger Pforte vorgenommen werden. Es wird dabei, wie dem „N. A.“ aus Danzig gemeldet wird, aus schwerer Küstenbatterie ein 100 Kubikmeter Ballons, Feuer- und Pfeilballons von je 100 Kubikmeter Ballon neu feuert werden. Die Pfeilballons werden an 1000 Meter Höhe auf Dampfdruck befestigt und in Entfernungen bis zu 15 Kilometer an den Batterien vorbeigeführt. Ein Kommando der

Berliner Luftschifferabteilung ist bereits mit sechs Ballons in Neufahrwasser eingeflogen, desgleichen zahlreiche höhere Artillerieoffiziere aus Berlin und dem Reich. Die Leitung der Schießversuche unterliegt der Direktion der Artillerie-Schießschule zu Jüterbog. Nachdem die Marine Versuche mit den Beobachtungsbalons von Kriegsschiffen aus angestellt hat, soll jetzt deren Abwehrt durch Küstenverteidigung erprobt werden.

Von der Marine. Donnerstag vormittag sind die Kreuzer der Hochseeflotte mit Ausnahme des Kreuzers Koon zu einer bis zum 28. März dauernden Übungsreise in See gegangen.

Deutsch-Österreich. Wie ein amtliches Telegramm aus Paris an meldet, wurden der Lieutenant Siegfried Lang aus München, früher im bayerischen 18. Infanterie-Regiment und der Unteroffizier Heinrich Edel aus München, früher bei der 1. bayerischen Kavallerie-Abteilung, am 26. oder 28. Februar bei Wpona-Station im Bezirke Waiblingen durch Schussverletzungen in der Brust und im Rücken tödlich ertrunken. Eine Hoffnung, die Verunglückten lebend aufzufinden, ist kaum vorhanden.

Deutsch-Schweden. Eine Depesche aus Wundholz meldet: Militärattaché Paul Scholz aus Mittelfranken, früher im 2. bayerischen Infanterie-Regiment, ist am 15. März im Sagarett Westmanshooop an Typhus gestorben; Gefreiter Georg Hentig aus Großmühl, früher im Landwehrbezirk Bamberg, ist am 19. März im Sagarett Westmanshooop an Herzschwäche nach Typhus und Lungenerkrankung gestorben.

Das neue „Rassenbewußtsein“.

Dem von dem „Genossen“ Regien herausgegebenen Bericht des internationalen Gewerkschaftskongresses ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der deutschen „freien“ Gewerkschaften mit 1 822 343 den englischen mit 1 866 755 so gut wie gleichkommt. Der englische Rassenbestand beträgt 94 171 092 Mk., der deutsche 24 656 133 Mk. Sehr charakteristisch ist es, daß die englischen Gewerkschaften im Jahre 1905 für Arbeitslosenunterstützung zahlten 13 213 529 Mk., die deutschen nur 2 185 670 Mk., dagegen diese für Streikunterstützung 11 447 929 Mk., jene nur 2 579 498 Mk. Diese Zahlen bedeuten nicht etwa, daß die Arbeitslosigkeit in England so erheblich größer ist, sondern daß der Arbeitslohn in England so erheblich größer ist, so daß er reichlich unterhält, was er seinen Lebensstandard ungefähr weitgehend aufrecht zu erhalten vermag, bis er wieder Arbeit findet. Und diese Zahlen bedeuten ferner, daß die deutschen Gewerkschaften infolge ihrer inneren und äußeren Verbindung mit der Sozialdemokratie noch immer in erster Linie „Kampfgewerkschaften“, d. h. Streikvereine sind, während die englischen Gewerkschaften es auf das persönliche Wohlergehen des einzelnen Arbeiters abgesehen haben. Die englischen Gewerkschaften pflegen ein in seiner Art konterbatives Ständebewußtsein, die deutschen Gewerkschaften das revolutionäre Rassenbewußtsein, das aber — wie die Zahlen zeigen — dem deutschen Arbeiter sehr teuer zu stehen kommt.

Preussischer Landtag.

Berlin.

5. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: F. H. v. Bismarck. Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten über die Nachrichten vom Betriebe der unter der preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1905.

Berichterstatter ist Dr. W. A. H. Oberbergbauminister v. Bismarck berichtet über das Grubenunfall im Reichsbahnstrecke im Saarrevier. Das Ziel ist am 19. Februar abgelaufen. Die Erneuerung erfolgte vierteljährlich. Freilich ist das Ziel in der Bruchstelle sehr schabhaft gewesen. Noch ist nicht festgestellt, ob die übliche tägliche Revision munterhaft vorgenommen worden ist.

Der Bericht wird durch Kenntnisnahme erledigt. Es folgt die Beratung der beiden Entwürfe zur Abänderung des Rentengesetzes vom 27. März 1873 sowie auf Abänderung des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 30. Mai 1882.

Herr v. Mantuffel beantragte, den Staatsbeamten, die aus dem Kommunaldienste übernommen sind, die Dauer ihrer Dienstzeit in Kommunen bei der Festsetzung des Dienstalters voll anzurechnen.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben gibt zu bedenken, daß die Tätigkeit bei Kommunen schon jetzt im Wege allerhöchster Gnade angerechnet werden kann und daß dies auch schon reichlich geschieht. Die Regelung obligatorisch zu machen, würde zu weit führen. Der Antrag Mantuffel würde zugleich den Uebertritt in den Staatsdienst erleichtern. Ich bitte den Antrag abzulehnen. Oberlandesgerichtspräsident A. D. Hamm unterstützt den Antrag Mantuffel.

Nach kurzer weiterer Erörterung, an der die Oberbergbauminister Dr. S. v. A. u. v. Bismarck, Reichsanwaltspräsident Dr. Bach u. a. beteiligten, wird der Antrag zurückgezogen.

Die beiden Entwürfe werden in der Gesamtabstimmung angenommen.

Tamit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: nicht vor dem 25. April. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Abgeordnete.

30. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Stubi. Das Verzeichnis von Petitionen, die zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet gehalten werden, wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Darauf wird die zweite Lesung des K. u. S. Etats beim Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ fortgesetzt. Hr. Messinger (fr.) begründet einen Antrag, den Titel „Remuneration für Volksschullehrer“ in den gemeinschaftlichen Landestexten von 550 000 Mk. auf 550 000 Mk. zu erhöhen, und empfiehlt zugleich eine Resolution, nach der künftig auch in den gemeinschaftlichen Teilen der Provinz Schließen Omalenzulagen gewährt werden sollen.

Ministerdirektor Schwarzkopf gibt zu bedenken, daß die Finanzengpässe erst auf Oberflächen ausgeht, auch Steuern und Kontrakt nicht vorzuziehen werden können. Die Regierung wird aber erörtern, ob künftig nicht die in Betracht kommenden Fonds zu erhöhen sind.

Hr. Fols (nat.) Die Omalenzulagen sind in Ober-Sachsen so notwendig wie in Polen und Westpreußen. Aus staatsrechtlichen Gründen dürfen notwendige Ausgaben nicht umgangen werden.

Der Antrag Messinger wird aus staatsrechtlichen Gründen zurückgezogen, die Resolution wird gegen die Stimmen desentrums und der Polen angenommen.

In der weiteren Debatte erheben die Abgeordneten Dr. Ernst (fr. Vgl.) und Dr. Arendt (fr.) eine Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der aus dem Dienst gebliebenen Privatlehrer und Lehrerinnen. 20 000 Mark seien zu bewilligen.

Ein Regierungskommissar vertritt auf das Reichsrecht über die Privatbeamten-Berufung.

Hr. Gieshoff (fr. Vgl.) fordert eine Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der Witwen und Waisen von Elementarlehrern. Ein Regierungskommissar sagt zur Erwidrung zu.

Die Erfahrungen vor eines Jahres zeigten nicht aus. Hr. Arendt (fr.) unterstützt die Anregung Gieshoffs. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso die Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“, „Allgemeine Fonds“, „Evangelischer Oberkirchenrat“, „Witwen“, und „Katholische Geistliche“.

Beim Kapitel „Provinzialvollstreckung“ schließt Hr. Rippe (nat.) einen Fall, in dem in Rauenburg ein zum Staatsbeamten ernanntem Gymnasialprofessor für den Bericht des Regierers zum Provinzialvollstreckung ausgestellt wurde, freiwillig sein Mandat niederzulegen. Hat das Provinzialvollstreckung überhaupt das Recht, die einmal präsidentlich erteilte Genehmigung zur Erwerbung des Stadtverordnetenmandats zurückzugeben? Oder dürfen Professoren nur dann ein solches Mandat beibehalten, wenn sie artig sind? Willigt Minister das Verhalten des Vorsitzenden des Provinzialvollstreckung?

Minister Dr. v. Stubi sagt Unterstützung zu. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Prüfungskommissionen“.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Wittmo, 10. April: Kullhäuser (Universtitäten und höhere Lehranstalten). Schluß 12 Uhr.

Ausland.

Die Frauenrechtlerinnen in London.

Eine große Anzahl Frauenrechtlerinnen hielt am 20. März nachmittags eine Versammlung in der Garton-Halle ab, um ihre Erörterung über die Weigerung des Premierministers auszusprechen, einen neuen Termin zur Beratung von dem Parlament zu bestimmen. Die Versammlung wurde von der Frau v. Bismarck geleitet, die ein neuer Angriff auf das Unterhaus geplant sei, und sie hatte sich deshalb in großer Stärke um die Ausgänge der Garton-Halle und um das Unterhaus aufgestellt. Der Polizeichef dirigierte die Operation persönlich. Unter den Frauenrechtlerinnen befand sich eine große Menge von Arbeiterinnen aus den verschiedenen Baumwollfabriken, die äußerst kampfbüchig waren. Die Frauen aus der Garton-Halle in geschlossener Zuge herausmarschieren wollten, wurden sie von der Polizei hieran verhindert, die Arbeiterinnen führten jedoch die Reihen der Polizei, und einem Teil von ihnen gelang es auszubrechen. Eine jubelnde Menschenmenge schaute dem wüsten Handgemenge zwischen Frauen und Polizisten zu, bei dem viele Frauen verhaftet wurden. Als die entlassenen Arbeiterinnen losmarschieren wollten, fanden sie das gleiche Geschehen, alle Eingänge und den Hof mit Polizeitruppen gesperrt, die die Menschenmassen zerstreuten und wieder eine große Anzahl Frauen, die sich aufreißend verhielten, verhafteten.

Im ganzen wurden, wie uns ferner ein Telegramm meldet, 66 Frauen verhaftet und nach der Polizeistation transportiert, dort aber gegen Willigkeit freigelassen.

Das „Westminster“ schreibt von diesen Frauen-Kampfen: Diese archaischen Vorgehensweisen, im privaten wie im öffentlichen Leben hochgedachten Frauen verhindern, daß die Demonstrationen immer größeren Umfang annehmen, daß die Angriffe auf das Unterhaus immer energischer sein werden, ja sie scheuen sich nicht, wie verlautet, den Frauen zu dem Stürme auf das Parlament das Anlegen von Bomben zu empfehlen. Gewiss werden diese Frauen von einer bezweifelten, werden angesichts der Londoner Vorgänge nicht umhin können, sich zu fragen, ob die englischen Frauen mit ihrem fanatischen Vorgehen ihrer Partei überhaupt noch einen Dienst erweisen, ob sie nicht im Begriff stehen, die Sympathie vieler Kreise völlig zu verlieren und nicht nur der Sache des Frauenstimmrechts, sondern darüber hinaus der ganzen Frauenbewegung

